

---

Joachim Raschke

---

## **Die Grünen nach zehn Jahren -das erste oder das letzte Kapitel?\***

---

Prof. Dr. Joachim Raschke, geb. 1938, Studium der Politischen Wissenschaft, Soziologie und Geschichte in Berlin, lehrt seit 1975 Politik an der Universität Hamburg. Zahlreiche Veröffentlichungen, insbesondere über den sozialen und politischen Wandel, Parteien und Bewegungen.

Häufig benötigen Parteien zwei Wahlniederlagen, um wirklich zu lernen. Schaffen die Grünen es schon nach einer, allerdings schweren Niederlage, bei der sie mehr als 40 Prozent ihrer Klientel und die Vertretung im Bundestag verloren haben? Michael Vesper, parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen im NRW-Landtag, hat unlängst die Grünen als die unflexibelste und strukturkonservativste unter den bundesrepublikanischen Parteien bezeichnet. Wenn das stimmen sollte, wären sie schon verloren, weil ohne eine tiefgreifende Neuorientierung eine Erholung der Grünen unwahrscheinlich ist.

---

\* Dieser Beitrag nimmt einige Überlegungen auf, die in einer soeben erschienenen Arbeit des Autors breiter ausgeführt und empirisch gestützt werden: Joachim Raschke, Krise der Grünen. Bilanz und Neubeginn, SP-Verlag, Marburg 1991.

Das grüne Projekt trägt sich nicht mehr (fast) von selbst. Die Wahl am 2. Dezember 1990 hat gezeigt: es gibt für viele Sympathisantinnen und Sympathisanten der Grünen Alternativen - und sei es die, zu Hause zu bleiben. Auch nach der für die meisten überraschenden Wahlniederlage hielt sich die Betroffenheit in Grenzen, ein Aufschrei war eigentlich nicht zu hören. Die Grünen stehen an der Wegscheide. Sie müssen sich entscheiden, ob sie weiterhin auf die Selbstmobilisierung ihres Milieus setzen, schwache Parteistrukturen beibehalten, mit starker Binnenorientierung leben, einem eher passiven Mobilisierungsmuster folgen, lediglich Spielball von Bewegungskonjunkturen sein und nur Forderungen und gelegentlichen Protest artikulieren wollen oder ob sie sich zu einer aus eigener Kraft interventionsfähigen Partei entwickeln. Die Grünen müßten ihr Dilemma überwinden, daß Effizienz und Legitimität dauernd auseinanderfallen, oder - wie es Hubert Kleiner! übersetzt - „Das, was politisch etwas bringt, wird nicht anerkannt, das, was anerkannt wird, bringt nichts.“ Die Grünen müßten tragfähige Parteistrukturen entwickeln, die Kräfte freisetzen für die aktive und kontinuierliche Beeinflussung ihrer Umwelt und die Ausschöpfung vielfältiger, heute brachliegender Ressourcen.

An den Grünen kann sich das Schicksal der USPD wiederholen. Sie ging an Struktur- und Führungsschwächen zugrunde, daran, daß sie sich zu sehr auf die Spontaneität der Bewegung (die versiegt) und zu wenig auf ihre eigene Kraft verlassen hat, sie scheiterte an der Schwäche der auch damals hochgehaltenen Basisdemokratie. Es kann sich immer noch herausstellen, daß die Grünen kaum mehr waren als eine „Taschenbuchausgabe der USPD“ (Joschka Fischer). Es geht um vier Fragen:

1. Haben die Grünen eine strukturelle, berechenbare soziale Basis oder gründen sie nur auf dem Flugsand im Parteiensystem?
2. Finden die Grünen zu einer Kontinuität als links-ökologische Reformpartei oder irritieren sie die Öffentlichkeit immer wieder durch die Unklarheiten ihrer Ortsbestimmung?
3. Entwickeln die Grünen einen Parteityp, der zu ihrer spezifischen gesellschaftlichen Basis, den neuen sozialen Bewegungen, „paßt“, ohne diese zu imitieren (was ja mit Basisdemokratie und Bewegungspartei schief gegangen ist), und könnte die professionelle Rahmenpartei ein solches Leitbild sein?
4. Nehmen die Grünen Abschied von den Träumen einer - irgendwann, irgendwo - hegemonialen Partei und konzentrieren sie sich auf die Möglichkeiten eines Katalysators und Korrektivs in unserem Parteiensystem; werden sie also bescheidener und verstehen sich als sektorale Rahmenpartei?

#### Soziale Basis

Die Wählerschaft der Grünen zeigt paradoxe Merkmale: sie ist gesellschaftlich verankert und gleichzeitig fluide. Ihre postmaterialistische und linke Grundorientierung verweist sie auf die Grünen als den *postmaterialistischen Pol* einer neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie, in der politisches Interesse,

hoher Informationsgrad und Flexibilität ein situationsbezogenes Handeln fördern.

Im Vergleich der Bundestagsparteien haben die Grünen mit Abstand die jüngste Wählerschaft. Leute über 50 sind rar unter den grünen Wählern. Interessanter ist aber: die Wählerschaft der Grünen wird älter. Geht man von 1983 als der ersten entscheidenden Bundestagswahl für die Grünen aus, dann lagen ihre relativ stärksten Steigerungen 1987 in den mittleren Altersgruppen zwischen 25 und 44 und nicht bei den Jungwählern zwischen 18 und 24. Auch 1990, in der Niederlage, war die abnehmende Mobilisierungskraft der Grünen bei den jüngeren Altersgruppen erkennbar. Zwar war ihre Mobilisierungsrate bei den 18- bis 35jährigen immer noch am größten, im Vergleich zu 1987 lagen in dieser Gruppe aber auch die stärksten Verluste. In den Altersgruppen über 45 gab es dagegen deutlich unterproportionale Einbußen, während die verhältnismäßig stärksten Verluste in der Altersgruppe von 25 bis 35 zu verzeichnen waren. Offenbar haben sowohl Mobilisierungskraft wie Bindungsfähigkeit der Grünen in der jüngeren Generation in besonderer Weise nachgelassen.

Wechselt man die Perspektive und fragt nach dem Anteil der Altersgruppen innerhalb der grünen Wähler, zeigt auch 1990, daß knapp zwei Drittel unter 35 ist und daß die Gruppe zwischen 25 und 35 einen Anteil von über 40 Prozent hat. Der Zusammenhang zwischen dem Alter der grünen Wählerschaft und den Bewegungszyklen wird deutlich: Entscheidende Bedeutung haben die neuen sozialen Bewegungen, nur sekundäre die APO/Studentenbewegung, wenn man deren Hauptphase auf 1966-1968/69 begrenzt. Insbesondere die neuen sozialen Bewegungen haben den Grünen Schubkraft verliehen - ihr Nachlassen schwächt in der Folge auch die Chancen der Grünen bei den Wählergruppen, deren politische Sozialisation nicht mehr von herausragenden Bewegungsaktivitäten beeinflußt ist. Wenn die Partei - um im Bilde zu bleiben—nicht mehr eigene Energie entwickelt, wird sie auch auf der Wähler-ebene werden, was sie auf der Ebene der Aktiven und Eliten schon ist: eine Generationspartei.

Die besondere Affinität zwischen den Wählern und der Wertorientierung des Postmaterialismus ist häufig nachgewiesen worden. 1987 lagen zwar die nicht-materiellen Issues Umwelt (90 Prozent) und Abrüstung (82 Prozent) an der Spitze der Präferenzliste grüner Wähler, aber 81 Prozent hielten auch die Forderung „Arbeitslosigkeit bekämpfen“ für sehr wichtig. Dies kann einerseits durch die starke Ausprägung der Egalitätsnorm, zum anderen durch eine direkte Betroffenheit erklärt werden, durch Erfahrungen oder konkrete Befürchtungen von Arbeitslosigkeit, die Einnahme unsicherer oder zeitlich begrenzter Arbeitsplätze. Unter den grünen Wählern läßt sich zudem ein Teil Marginalisierter beziehungsweise von Marginalisierung Bedrohter nachweisen, die über ein vergleichsweise hohes kulturelles Kapital verfügen (Abitur, Hochschulbildung). Das mindert deren ökonomische Chancenlosigkeit und stärkt zugleich ihre Möglichkeit, die Unzufriedenheit intellektuell zuzuspitzen, der Anteil grüner Wähler mit Abitur oder Studium ist unbe-

stritten hoch, er ist der höchste unter allen Bundestags-Parteien. Es gibt dazu aber zwei Anmerkungen: Die Mehrheit der Grünen verfügt *nicht* über Abitur beziehungsweise eine weiterführende Ausbildung; spricht man also von einer Partei der Intelligenz, kann damit der hohe Anteil der Akademiker, deren Dominanz bei Partieliten und wahrscheinlich auch bei den Aktivisten, nicht aber eine Mehrheit bei den Wählern gemeint sein. Und bezogen auf den durchschnittlich höheren Bildungsgrad der Alterskohorten in den siebziger und achtziger Jahren ist der entsprechende Anteil der grünen Wähler nicht überproportional, sondern *repräsentativ*.

Bei der Berufsstruktur der Grün-Wähler liegt der Anteil der Berufstätigen im Vergleich zu anderen Parteien besonders niedrig. Die Grünen sind eine Partei qualifizierter Arbeitnehmer und Auszubildender. Sie haben ihren stärksten Anteil im Mittelschichtbereich, ohne auf diesen beschränkt zu sein. 1987 zeigten die Grünen in etwa proportionale Anteile bei den gelernten Arbeitern und in den Kategorien der Angestellten/Beamten, unterproportionale Anteile dagegen bei den ungelernten Arbeitern und Selbständigen. Unter den grünen Wählern gab es 1987 gleich hohe Anteile von Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern. Die Stimmverluste waren bei der Bundestagswahl 1990 bei Nichtmitgliedern größer als bei Mitgliedern (bei den letzteren ging insbesondere der Anteil unter den Arbeitern stark zurück, von 9 auf 4 Prozent).

Die politische Heimat der Grünen liegt in den Städten. Ihre Hochburgen finden sich, wie die Forschungsgruppe Wahlen schreibt, in „urbanen, akademisch geprägten Dienstleistungszentren, aber auch in überwiegend durch eine Universität geprägten Städten mittlerer Größe.“ Ihre besten Ergebnisse erzielten die Grünen bei der Bundestagswahl 1987 in München-Mitte (19,2 Prozent), Freiburg (18,4 Prozent), Bremen-Ost (16,2 Prozent), Frankfurt HI (15,5 Prozent) und Tübingen (15,1 Prozent). Bei überproportionalen Verlusten in diesen Hochburgen blieb 1990 die Reihenfolge die gleiche, mit einer Ausnahme: an der Spitze steht nun, da sich Berlin erstmals an einer Bundestagswahl beteiligte, Berlin-Kreuzberg.

Dies ergibt im ganzen das Profil einer in jüngeren bis mittleren Altersgruppen, in Dienstleistungszentren und/oder Universitätsstädten, in Mittelschicht und höheren Ausbildungsgruppen, in protestantischen und nicht-konfessionellen Sektoren zentrierten Wählerschaft, die sich im Parteiensystem überwiegend links verortet. Eine Wählerschaft, die bei ihren postmaterialistischen Orientierungen nicht ihre Reproduktionsinteressen vergißt, die hinsichtlich ihrer beruflichen Aussichten und Sicherheiten und in bezug auf ihre Einkommen unterschiedliche Lebenslagen aufweist. Die Grünen sind sozialstrukturell nicht so breit abgestützt wie die Volksparteien, haben aber doch eine Streubreite, die sie als alles andere erscheinen läßt, nur nicht als eine enge Interessen- oder gar Ghettopartei. Eher als durch einzelne objektive Merkmale sind die Grünen wohl durch die Gemeinsamkeit postmaterialistischer Orientierungen, die Selbstidentifikation mit den neuen sozialen Bewe-

gungen und die politische Abgrenzung zu den bürgerlichen beziehungsweise zu den Rechtsparteien zu charakterisieren.

Die Grünen sind eine Partei kritischer Minderheiten aus einer bemerkenswerten Vielfalt gesellschaftlicher Teilbereiche und Sozialgruppen. Sie werden nicht nur durch das Wachstum grünrelevanter Probleme, sondern auch durch Wählergruppen gestützt, die aufgrund ihrer Wertorientierung und ihres Problembewußtseins für die Partei aufgeschlossen sind. Aber es gibt keine Strukturen als Ruhekiten der Partei. Erst jetzt lernen die Grünen, daß große Teile ihrer Sympathisanten sie nur dann wählen, wenn die Partei ihnen dafür besondere und plausible Gründe anbietet. Grünen Wählern wird ein hoher Grad taktischer Flexibilität attestiert. Vergleichsweise stark interessiert und hoch informiert, entscheiden sie kontextorientiert. Gleichzeitig gab es in den vergangenen Jahren einen Trend zur wachsenden Parteiidentifikation. Diese flexible Stabilität ist möglich, weil die meisten grünen Wähler keine „fundamentalen“ Differenzen zur SPD sehen. Im Gegenteil, sie verstehen sie als die andere, prinzipiell wählbare Partei im linken Lager. 1983 wie 1987 gaben ca. 80 Prozent der Grüne-Wähler die SPD als Zweitpräferenz an, 85 Prozent bevorzugten 1987 eine rot-grüne Koalition (1983: 94 Prozent). Auch das Stimmensplitting zeigte 1983 die beträchtliche Affinität zwischen Grünen und SPD auf der Wählerebene. Die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen schrieb: „Der Erfolg der Grünen muß zumindest teilweise auf das Stimmensplitting zwischen SPD und Grünen zurückgeführt werden. Die 1,6 Prozent, die die Grünen mehr an Zweit- als an Erststimmen erreicht haben und die sie eigentlich in den Bundestag gebracht haben, sind weit überwiegend SPD-nahe Wähler. Unsere Umfrage vor der Wahl zeigt, daß ein Drittel der Wähler der Grünen mit der Erststimme die SPD gewählt hat. Dies ist zwar im strengen Sinn kein Beweis dafür, daß diese Wähler alle SPD-nahe sind, aber andere Hinweise, wie zum Beispiel, daß ein Sechstel der Grüne-Wähler sich mit der SPD identifiziert, oder daß 20 Prozent Grüne-Wähler die SPD auf Rang 1 setzen, geben deutliche Hinweise, daß die Grünen bei dieser Wahl in erheblichem Umfang Stützwähler von der SPD bekommen haben.“

1980 haben viele potentielle Grüne-Wähler für die SPD votiert, um einen Bundeskanzler Strauß zu verhindern: der Einzug in den Bundestag war nach den 3,2 Prozent bei der Europawahl 1979 ungewiß, die verschenkte Stimme hätte Strauß das noch fehlende Mandat besorgen können. 1983 und 1987 waren die Voraussetzungen für die Grünen insofern günstig, als allgemein der SPD keine Chance des Machtwechsels eingeräumt und damit Entlastung für die Wahl der Grünen gegeben wurde. Zwar galt auch 1990 die SPD als die schon vor der Wahl feststehende Verliererin, da aber allgemein mit dem erneuten Einzug der Grünen in den Bundestag gerechnet wurde, fühlten sich nun die Sympathisanten - denen kein besonderes Motiv von den fast unsichtbaren Grünen angeboten wurde - entlastet und frei, diesmal andere Parteien zu wählen, die meisten die SPD, einige PDS, einige andere aber auch FDP oder CDU.

### Partei der postmaterialistischen Linken

Die Grünen sind die Partei einer postmaterialistischen Linken. Auch die grünen Wähler verstehen sich so: drei Viertel von ihnen stufen sich als links ein, die meisten zeigen eine postmaterialistische Orientierung. Der postmaterialistische Pol einer neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie kristallisiert sich nicht nur um Ökologie, sondern auch um eine Neustrukturierung des Geschlechterverhältnisses, ein breites Spektrum von Lebensreformen, die Pluralisierung von Lebensstilen und eine Vielzahl anderer Themen und Wertorientierungen, die das emanzipatorische Projekt weiterführen. Die postmaterialistische Tendenz wird zwar auch von der SPD vertreten, aber nur die Grünen sind frei von den Zwängen einer internen Kompromißpolitik, die Gradlinigkeit und Glaubwürdigkeit des sozialdemokratischen Postmaterialismus belastet.

Die Chancen, die in einer eigenständigen Organisation liegen können, realisieren sich allerdings nur, wenn die Grünen sich darauf konzentrieren, dem Werte- und Themenwandel Profil zu verleihen. Sie dürfen ihn nicht verwechseln mit der älteren Spaltungslinie, die sich um die Pole von Arbeit und Kapital aufgebaut hat, aber auch nicht auf einen der Teilaspekte des neuen Generalthemas Lebensweise reduzieren, zu dem das Geschlechterverhältnis ebenso gehört wie die Ökologie, die Pluralisierung von Lebensstilen ebenso wie die vielen Facetten einer weitergetriebenen Selbst- und Mitbestimmung.

Die Grünen sind in der Bundesrepublik zugleich eine Partei der Linken—im Unterschied zu den anderen europäischen Ländern, in denen die Mitte-Tendenz der grünen Parteien stärker entwickelt ist. Die Notwendigkeit, hinsichtlich Links und Rechts Position zu beziehen, ist aber unausweichlich: Ökologie, Geschlechterdifferenz und Lebensstil — Themen der neuen gesellschaftlichen Spaltungslinie - sind nicht außerhalb des Systems gesellschaftlicher Ungleichheit thematisierbar. Sie haben bestimmte soziale Voraussetzungen. Und so lange Ungleichheit den Kern der älteren Links-Rechts-Spaltung ausmacht, sind über diese Schaltstelle auch neue und ältere Konflikte, neue und alte Themen systematisch miteinander vermittelbar. So lange es kein jenseits von Gleichheit und Ungleichheit gibt, kann auch kein jenseits von links und rechts möglich sein. Die Links-Rechts-Diskussion gehört zur Grammatik unseres politischen Systems, in der sich auch der Postmaterialismus verorten läßt: Schneller als vorausgesehen sind Postmaterialisten und Linke zusammengewachsen. Und die Grünen repräsentieren diese postmaterialistische Linke, auch wenn deren größerer Teil von der SPD vertreten wird.

Vor diesem Hintergrund müssen die Grünen klären, was sie unter Sozialismus verstehen. Fragen gesellschaftlicher Kontrolle und sozialer Auswirkungen sind *zentrale* Bestandteile jeder ernsthaften Ökologiepolitik. Und insoweit kann auch vom sozialistischen Ansatz gelernt werden, wenngleich nicht in den verstaubten oder verhängnisvollen Formen von Systempolitik. Als regulative Idee und als soziales Korrektiv aber ist der Sozialismus *ein* Element

in der breit gefächerten Definition der postmaterialistischen Linken. Das Egalitätsthema ist im postmaterialistischen Ansatz aufgehoben. Es wird durch neue Themen relativiert und in seiner Anwendung erweitert. Forderungen nach gesellschaftlicher Technikkontrolle, nach Grundeinkommen oder der Subventionierung alternativer Ökonomie sind solche neuen Thematisierungen der alten Gleichheitsfrage.

### Bewegungen und Parteitypen

Die Grünen sind noch dabei, herauszufinden, was für ein Typ von Partei ihren Voraussetzungen und Möglichkeiten entspricht. Soziale und Bewegungsbasis wirken darauf ebenso ein wie die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Aus der Sicht der Arbeiterbewegung sprach im Zeitalter der Industrialisierung alles für eine Mitgliederpartei. Von Bildung und Wissen ausgeschlossen, vom Staat verfehmt, von der bürgerlichen Presse totgeschwiegen oder verfälscht, war die Nutzbarmachung der großen Zahl ihre einzige Chance. Durch die Bildung von Massenorganisationen konnten die äußerst begrenzten Ressourcen vieler zusammengelegt, durch Mitgliedsbeiträge von der Lohnarbeit freigestellte Funktionäre bezahlt werden. Bürokratisierung, Oligarchisierung, Organisationspatriotismus im sozialdemokratischen Zweig, aber auch das Kaderkonzept der späteren kommunistischen Parteientwicklung werden nur von dieser allgemeinen Grundbedingung her verständlich.

Ganz anders die Mobilisierungs- und Organisationsbedingungen, welche die neuen sozialen Bewegungen vorfinden. Der Staat übernimmt einen relevanten Teil der Parteifinanzierung; die Massenmedien haben sich verbreitert und geöffnet, sie reagieren eher auf dramatisch zugespitzte off entliehe Aktivitätsformen denn auf Organisationskolosse; die (potentiellen) Aktiven verfügen nicht selten über kritischen Sachverstand, Gegenexperten sind Teil der Gegenöffentlichkeiten sozialer Bewegungen; die Partizipationsbereitschaft hat sich qualitativ geändert: Aktive suchen häufig das zeitlich begrenzte, aber von Inhalt und Form her interessante Engagement, Bewegungen und unkonventionelle Aktionsformen sind dabei wesentlich attraktiver als die Routine des Vereinslebens. Auf diese veränderten Bedingungen ist die Mitgliederpartei keine adäquate Antwort mehr. Kaum überraschend, daß der Organisationsgrad der Grünen, die Relation zwischen Wählern und Mitgliedern, um ein Vielfaches niedriger ist als bei den Bundestagsparteien.

Die Grünen haben die für sie adäquate Organisationsform noch nicht gefunden. Die Gründungs- und Aufbruchzeit fiel in eine Phase der Hochkonjunktur sozialer Bewegungen. Anti-AKW-, Ökologie-, Alternativ-, Frauenbewegung und bis 1983/84 die Friedensbewegung gegen die Nachrüstung hatten damals ihre besten Zeiten. Die Grünen versuchten, sie durch Basisdemokratie und Bewegungspartei zu imitieren. Was zu dieser Zeit relativ erfolgreich war, wurde aber nach dem Niedergang der Bewegungen 1984/85 nicht in komplexere Organisationskonzepte eingebettet.

Es gibt viele Indizien für das Scheitern von Basisdemokratie in der Großorganisation Partei, unabhängig davon, welcher Maßstab im einzelnen zugrundegelegt wird. Nur einige Beispiele:

- Einfache Delegierte auf Bundesparteitagen verfügen nur über 24 Prozent der gesamten Redezeit; im Schnitt kommen nur 8 Prozent der Delegierten auf einem Parteitag zu Wort.
- Die Fluktuation zwischen den Parteitagen ist enorm. Bei sechs untersuchten Parteitagen zwischen 1983 und 1987 waren 75 Prozent aller Delegierten nur einmal, 18 Prozent zweimal vertreten.
- Die Rotation, für viele das Kernstück von Basisdemokratie, ist in den meisten Landesverbänden inzwischen auf acht Jahre verlängert. Diese, wie viele zu Recht sagen, Amtszeitbegrenzung, führt in etwa zum gleichen Ergebnis wie die „natürliche“ Fluktuation bei den etablierten Parteien, mit einer nicht unwichtigen Ausnahme: nur bei den Grünen müssen auch die Spitzenleute gehen. Und auf kommunaler Ebene sind die Rotationsregelungen schon lange außer Kraft gesetzt - anders könnte das grüne Personal für die Kommunalparlamente gar nicht mehr gestellt werden.
- Die Trennung von Amt und Mandat hat das Eigenleben der viel besser ausgestatteten, öffentlichkeitswirksamen Parlamentsfraktionen gegenüber der Parteiorganisation entscheidend gefördert und die Fragmentierung der Partei stark forciert.
- Die Basisdemokratie führte kaum zu quantitativer und sicher nicht zu qualitativer Partizipationsverbesserung, gleichzeitig sind ihr gravierende Effizienz- und Transparenzdefizite zuzurechnen.
- Die Basisdemokratie hat nicht einmal eines ihrer Hauptziele erreicht: die Intensivierung von Kontrolle. Sie führte zu schematischer, personen fixierter Vorweg-Kontrolle unter sträflicher Vernachlässigung einer gezielten, inhaltlich orientierten Begleit-Kontrolle.

Es war ein Irrtum, Basisdemokratie zum Dauerkonzept zu machen. Die Grünen haben längerfristig gerade dadurch, daß sie die ihnen nahestehenden Bewegungen durch Basisdemokratie und Bewegungspartei kopierten, das verfehlt, was Bewegungen und kritische Teilöffentlichkeiten von einer Partei erwarten: Vermittlung und Synthesebildung, Verstetigung und Professionalisierung. Statt die Strukturen ihres Umfeldes zu verdoppeln, müßten die Grünen komplementäre Eigenschaften entwickeln.

Die Grünen sind ein Zusammenschluß von Subgruppen, die zum Teil aus den Bewegungen zu den Grünen kamen, zum Teil auch erst bei den Grünen entstanden, wie vor allem die ideologisch profilierten Strömungen: Ihr Problem ist die Integration horizontaler Einheiten mit zentrifugaler Tendenz. Tatsächlich haben sie ihre Partei über ein älteres Paradigma definiert: den Michelschen Dualismus von Oligarchie und Masse, der durch Basisdemokratie überwunden werden sollte. Kontrolle, nicht Vermittlung und Integration, wurde zum Hauptproblem.

Das Konzept der *professionellen Rahmenpartei* würde Konsequenzen ziehen aus dem Scheitern von Basisdemokratie und Bewegungspartei, es wäre zugeschnitten auf die spezifischen Voraussetzungen und Erfahrungen der Grünen, wie zum Beispiel die Differenz zwischen Bewegungen und Partei. Rudimentär ist sie bereits vorhanden, mehr noch wäre das Konzept einer professionellen Rahmenpartei aber ein Leitbild künftiger Entwicklung. Es versucht nicht, große Teile der Bewegungen und kritischen Teilöffentlichkeiten in die Partei hineinzunehmen, sondern bietet ihnen die professionellen Vermittlungsdienste an, auf die Bewegungen angewiesen sind, um auf Gesetzgebung und Haushaltsentscheidungen, auf die öffentliche Debatte und politische Tagesordnung kontinuierlich Einfluß gewinnen zu können.

Im Unterschied zu den staatsorientierten Volksparteien ist die Rahmenpartei gesellschaftsorientiert, setzt auf die Eigentätigkeit gesellschaftlicher Gruppen, denen sie - für einen bestimmten Ausschnitt gesellschaftlicher Koordination - ihre Vermittlungsdienste anbietet. Diese hohe Wertschätzung gesellschaftlicher Selbstorganisation manifestiert sich unter anderem in den offenen Grenzen der Partei (offene Listen, offene Mitgliedschaft und so weiter). Um die anspruchsvollen Vermittlungsaufgaben leisten zu können, bemüht sich die Rahmenpartei um die Professionalisierung aktiver, kompetenter Parteiakteure mit unterschiedlichen Professionalitätsmustern: bewegungs-, Parlaments- oder parteibezogen, spezialistisch oder synthetisierend. Bei den Rekrutierungsprozessen werden Leute mit einem komplexitätsangemessenen Orientierungs- und Verhaltensstil gefördert, ebenso wie dafür gesorgt wird, daß hinreichend Leute mit der eher seltenen Fähigkeit sowohl inhaltlich-synthetisierenden wie politisch-strategischen Denkens in relevante Positionen gelangen.

Aus dem Leitbild der professionellen Rahmenpartei ließen sich Konsequenzen für eine Organisationsreform und einen Strategiewechsel ziehen. Eine Organisationsreform, die die Grünen entschiedener auf den Weg der professionellen Rahmenpartei brächte, hätte vier Ziele: Koordinierung in der fragmentierten Organisation, Professionalisierung in der halbprofessionellen Partei, Öffnung des zur Binnenorientierung tendierenden Organisationslebens und Demokratisierung als Prozeß in Auseinandersetzung mit Effizienz- und Transparenzforderungen. Die Aufhebung der Unvereinbarkeit von Amt und Mandat, die Herausbildung starker geschäftsführender Vorstände, die Einführung fördernder Mitglieder und die Stärkung der begleitenden, inhaltlichen Kontrolle wären beispielhafte Forderungen bei der Verfolgung der vier übergreifenden Ziele.

Die Grünen brauchen einen Strategiewechsel. Am Beispiel der Mobilisierung gesagt: Die Partei hat bisher eher passive und exklusive, auf die Selbstmobilisierung des eigenen Milieus setzende Muster verfolgt. Sie hat keine Mitglieder geworben und Wähler eher eingesammelt denn wirklich mobilisiert, sie hat keine Verbandspolitik betrieben und ihr intellektuelles Umfeld brachliegen lassen. Das Problem der Grünen war nicht die Ausstrahlung, sondern

die Fähigkeit, Bindungen herzustellen. Erst ein Umschalten auf eine aktive und inklusive Mobilisierungsstrategie würde das Konzept der Rahmenpartei tragfähig machen. Aktiv meint, daß Mobilisierung von der Partei initiiert wird, gezielt und kontinuierlich ist. Die Öffnung der Partei und das Einbeziehen macht das Moment des Inklusiven aus: Öffnung nach außen und nach innen, Einbeziehung vielfältiger Interessen und unterschiedlichster Aktivitätsmuster.

### Selbstbegrenzung

Die Grünen vertreten gesellschaftliche Teilinteressen, sie sind eine *sektorale* Rahmenpartei. Skepsis gegenüber allen Ansprüchen, ein gesellschaftliches Gesamtinteresse zu definieren, das der Gesellschaft nur noch nicht bewußt sei, war bei ihnen immer angebracht. Zu sehr schlug sich darin der für eine Bewegung wohl notwendige Glaube nieder, die mit Blindheit geschlagene große Mehrheit der Gesellschaft mit deren wahren Interessen zu konfrontieren. Dagegen sprach auch das begrenzte sozialstrukturelle Profil der grünen Unterstützer. Vorstellungen eines von den Grünen zu vertretenden Gesamtinteresses widersprachen ebenso die faktischen Sektoralisierungstendenzen. Ökologie, Frieden, Aufhebung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung waren zwar wichtige nicht-ökonomische Allgemeininteressen, aber nur soweit, wie sie die erwerbswirtschaftlichen Interessen in sich aufnehmen, können sie auch allgemeine Interessen werden. Auch die ideologische Einfärbung der universalistischen Allgemeininteressen als links-ökologisch, feministisch et cetera setzt zugleich jedem Allgemeinvertretungsanspruch Grenzen. Schließlich bedeutet das politische Sammeln von Schutz- und Minderheitsinteressen, sich auf die Seite der negativ betroffenen und bedrohten Gruppen zu schlagen, ohne darauf eine Dialektik des Die-letzten-werden-die-ersten-sein und eine neue Gesamtordnung gründen zu können.

Die Entwicklung eines Verständnisses als sektorale Rahmenpartei hieße nun nicht nur Selbstbegrenzung, Schutz vor Selbstüberschätzung beziehungsweise Selbstüberforderung und politische Nüchternheit, sie würde auch ein positives Wirkungsfeld eröffnen. Die Grünen als Katalysator und Korrektiv eines zu Immobilismus tendierenden Parteiensystems. Solches Selbstverständnis hätte Folgen. Zum Beispiel müßten die Grünen in der Sozialpolitik nicht selbst die ganze Bandbreite sozialdemokratischer Forderungen übernehmen, sondern könnten mit einem Konzept des Grundeinkommens eine Forderung profilieren, die für ihre spezifische Klientel besonders attraktiv, aber zugleich für eine Vielzahl darüber hinausreichender Interessen anschlussfähig ist. Das Zuspitzen auf Änderungen, ohne gleichzeitig Verantwortung und Lösungen für alle gesellschaftliche Interessen zu übernehmen, liegt doch eigentlich in der Perspektive einer Gruppe, die die Gesellschaft selber anders erfunden hätte, aber zu einer Zeit auf die politische Bühne trat, als revolutionäre Durchbrüche und geschlossene Systempolitik nicht mehr tragfähig und verantwortbar waren.